

Presseinformation

Kinder und Jugendliche stärken – 11 Jahre kommunale Alkoholprävention in Hessen

Frankfurt, den 13. Oktober 2022

Seit 11 Jahren gibt es das Programm zur kommunalen Alkoholprävention „HaLT in Hessen“. Die Zahl der Klinikeinweisungen von Kindern und Jugendlichen aufgrund einer Alkoholvergiftung ist seitdem ständig zurückgegangen. Anlässlich des 11-jährigen Bestehens von „HaLT in Hessen“ findet am 17. Oktober 2022 eine digitale Fachkonferenz statt, um Chancen, Erfolge, Weiterentwicklungen und Herausforderungen kommunaler Alkoholprävention zu diskutieren.

In 2020 mussten 524 hessische Kinder und Jugendliche aufgrund einer Alkoholvergiftung im Krankenhaus behandelt werden. Dies ist seit 2011 der niedrigste Stand, durch Corona geprägt, jedoch noch lange kein Zeichen für eine Entwarnung. Viele junge Menschen schätzen die Folgen von hohem Alkoholkonsum für ihre Gesundheit völlig falsch ein. Schon wenig Alkohol kann für Heranwachsende gesundheitsschädlich sein und wirkt bei Jugendlichen stärker. Sie können wesentlich schneller eine Alkoholvergiftung bekommen als Erwachsene.

Durch Alkoholprävention frühzeitig aufklären

„Alkoholprävention muss politisch und kommunal verankert sein, um erfolgreich zu sein“, so Susanne Schmitt, Geschäftsführerin der Hessischen Landesstelle für Suchtfragen (HLS). Mit Unterstützung der Hessischen Landesregierung und den gesetzlichen Krankenkassen beteiligen sich seit 2011 hessenweit 18 Landkreise und kreisfreie Städte an „HaLT in Hessen“. Sie haben es sich zur Aufgabe gemacht, Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene vor riskantem und die Gesundheit gefährdendem Alkoholkonsum zu schützen. Gleichzeitig werden auch die Verhältnisse systematisch ins Visier genommen, die es Minderjährigen ermöglichen, überhaupt erst an Alkohol heranzukommen. Hier können z.B. Vereine, der Einzelhandel und Ordnungsämter einen aktiven Beitrag zur Verminderung von Suchtgefahren leisten.

Mehr Qualität, mehr Angebote zum Schutz von Kindern und Jugendlichen

Das GKV-Bündnis für Gesundheit unterstützt seit 2019 das HaLT-Programm bundesweit. Bisher bezuschussten die gesetzlichen Krankenkassen Einzelmaßnahmen wie z.B. die sogenannten Sofortinterventionen am Krankenbett bei Kindern und Jugendlichen, die mit einer Alkoholvergiftung ins Krankenhaus kamen. Das GKV-Bündnis für Gesundheit hat das Programm ganzheitlich weiterentwickelt und fördert nun auch die kommunale Vernetzung und den Kooperationsausbau sowie ein einheitliches Qualitätsmanagement (z. B. die Qualifizierung von Fachkräften). Ergänzend hierzu wurden weitere Präventionsangebote für HaLT entwickelt, wie zum Beispiel im Bereich Alkoholkonsum in der Schwangerschaft oder Mischkonsum.

„Um möglichst viele Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene weiterhin über die Gefahren von riskantem Alkoholkonsum zu informieren, müssen wir sie erreichen. Insbesondere die Ausweitung der Förderung alkoholpräventiver Maßnahmen in den Kommunen sehe ich als Chance für mehr Gesundheits- und Jugendschutz“, sagt Susanne Schmitt. „Prävention hört nie auf!“

Kontakt für Presse-Rückfragen

Susanne Schmitt
Geschäftsführerin
Hessische Landesstelle für Suchtfragen e.V. (HLS)
Telefon: 069-71 37 67 77

Die Hessische Landesstelle für Suchtfragen e.V. (HLS) ist der Zusammenschluss der Verbände der Freien Wohlfahrtspflege und ihrer Mitgliedsorganisationen, die auf dem Gebiet der Suchtprävention und der Suchthilfe tätig sind. In der HLS sind nahezu alle hessischen Einrichtungen der Suchtprävention und Suchthilfe organisiert: 200 Einrichtungen im professionellen Bereich sowie 550 Selbsthilfegruppen. Die HLS finanziert sich aus Mitteln des Hessischen Ministeriums für Soziales und Integration, Spenden und Bußgeldern.

„HaLT in Hessen“ – ein landesweites Programm zur Alkoholprävention. „HaLT in Hessen“ wird vom Hessischen Ministerium für Soziales und Integration (HMSI), dem GKV-Bündnis für Gesundheit, eine gemeinsame Initiative der gesetzlichen Krankenkassen, sowie den teilnehmenden Gebietskörperschaften und Suchthilfeträgern gefördert. Bereits 16 HaLT-Standorte nehmen in Hessen die neue Förderung des GKV-Bündnis in Anspruch.